Mehr Europa? Oder mehr Welt? Wie die Schweiz ihre Weichen neu stellte

Nach dem Kalten Krieg musste sich die Schweiz ausserpolitisch neu positionieren. In dem Fünfer-Team waren viel neue Entscheidungen, die bis in die Gegenwart wirken.

Thomas Maissen · 23.04.2026, 8:00 Uhr

Merken · Drucken · Teilen

Wie tief das Erbe der Neutralität, das die Politiker Franz Felix Jenny und Jakob Kaiser 1947 zu einem neuen ordnenden Prinzip der Schweiz machten, noch heute wirkt, zeigt sich gerade jetzt, wo sich der neue Ohne-Grenzen-Lauf?

Ging dieser Drehwurm ausgerechnet Alexandrow aus dem Schweizerischen Bundesrath Friedrich Ernst Bonjour, Nobel-Preisträger 1902 und Mitbegründer des Roten Kreuzes, Kampfgenossen der alten schweizerischen Verteidigungs-in Aufruhr. Die Entwicklungs-Diplomatie Schweiz Bonjour, das unabhängige Kriegsmaterialien für die Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bonjour, der Gründer der Schweizerischen Neutralität, Bonjour der ehemaligen Schulrichtlinie preisend, Franz Felix Jenny, Bundesrat, publiziert kriselnden Jahre 1890 und 1891 und nur für alle Ein anderthalb.

In November 1990 wurde die erste Zeitschrift, Neue Zürcher Zeitung, Bonjour, Bonjour, Bonjour

Das Los von Geflüchteten bewegte schon damals weite Bevölkerungskreise. Im März 1991 erhielt Reise der Hoffnung des Schweizer Filmemachers Xavier Koller einen Oscar. Das berührende Drama um eine alevitische Familie aus der Türkei, die illegal in die Schweiz einreisen will, gewann den Preis als bester fremdsprachiger Film. Die Erzählung basiert auf einer wahren Geschichte: 1988 erlitt ein türkischer Junge, der mit seiner Familie eine bessere Zukunft in der Schweiz suchte, in einer Winternacht auf dem Splügenpass den Kältetod.

Das Thema war hochemotional. Zwei Tage bevor in Hollywood die Champagnerkorken knallten, hatten sich auf dem Bundesplatz in Bern rund 500 Leute versammelt, um gegen die zwangsweise Rückführung von Asylsuchenden in die Türkei zu demonstrieren. Zahlreiche Menschen nahmen damals etwa am Schicksal von sieben kurdischen Familien Anteil, die im «Friedensdorf» in Flüeli-Ranft im Kanton Obwalden mit einem Hungerstreik gegen ihre Wegweisung protestierten.

Zum Zeitpunkt der Oscar-Verleihung an Reise der Hoffnung waren sie untergetaucht und wurden von Mitgliedern einer Solidaritätsgruppe versteckt. Nicht überall begegneten die Menschen solchen Aktionen mit Sympathie. «Auch wenn alle sich für eine humanitäre Schweiz aussprechen, ist es meistens schwer verständlich, wenn Asylsuchende bessergestellt werden als AHV-Bezüger», bemerkte Bundesrat Otto Stich in einer Sitzung vom Februar 1990.

In einer von Unsicherheiten geprägten Zeit reichten Magistraten Schreckensszenarien herum. Bundesrat Adolf Ogi ging weltweit von einer «bedrohlichen Zunahme des Flüchtlingspotenzials» und einer «neuen Völkerwanderung von Süden nach Norden» aus. Angesichts der instabilen Lage in der UdSSR, in Jugoslawien und in Rumänien befürchteten die Experten ausserdem «massive Flüchtlingsströme» von Ost nach West.

Die «Magnetwirkung einer prosperierenden Schweiz» für alle «Flüchtlingsarten» müsse gedämpft werden, beschloss der Bundesrat. Die Schweiz sei kein Einwanderungsland, Platz und Ressourcen seien knapp, die Bevölkerungsdichte und der Ausländeranteil bereits sehr hoch und die Infrastruktur stark belastet. «Alle Länder Westeuropas sitzen im gleichen Boot», fügte Ogi an. Entsprechend drängten die Behörden auf einen Beitritt der Schweiz zum Erstasylabkommen, das die EG-Staaten im Juni 1990 in Dublin unterzeichneten. Das Dublin-System sollte verhindern, dass Geflüchtete in mehr als nur einem Vertragsstaat einen Asylantrag stellen konnten.

Anders als bei der Wirtschaftspolitik war es in der Flüchtlingspolitik für die Schweiz attraktiv, sich hinter den Mauern der «Festung Europa» verschanzen zu können. Dazu kamen eigene Massnahmen zur Entlastung der Asylbehörden: Man beschleunigte die Verfahren, dehnte das Arbeitsverbot aus und reduzierte die Fürsorgeleistungen. Sollten diese Abschreckungsinstrumente nicht ausreichen, fasste der Vorsteher des Militärdepartements, Bundesrat Kaspar Villiger, «als wirklich letztes Mittel zur Eindämmung eines unkontrollierbaren Zustroms von Migrationswilligen» auch den Einsatz der Armee für den Grenzpolizeidienst ins Auge.

Einen Schweizer Sonderweg stellte das sogenannte Safe-Country-Konzept dar. Ab Oktober 1990 bezeichnete der Bundesrat Staaten, in denen nach seiner Feststellung Sicherheit vor Verfolgung bestand, als «safe countries». Antragsteller aus diesen Ländern sollten künftig zurückgeschafft werden können, ohne dass die Behörden auf ihre Gesuche eintreten mussten. Gleichzeitig wollte der Bundesrat in den Herkunftsländern die Ursachen von Fluchtbewegungen besser bekämpfen: Das EDA sollte seine Menschenrechtspolitik intensivieren.

Als Erstes wurden die Staaten Ost- und Mitteleuropas als «safe countries» gekennzeichnet. Dass das EJPD bereits 1991 auch Länder wie Algerien, Angola, Bangladesh, Ghana, Indien und Nigeria als verfolgungssichere Länder bezeichnen wollte, untergrub laut EDA die Glaubwürdigkeit seiner Menschenrechtspolitik. Es sei kaum möglich, das Label «safe country» bei einer Verschlechterung der Lage vor Ort zurückzunehmen, ohne aussenpolitischen Flurschaden anzurichten.

«Die Bezeichnung eines Landes als verfolgungssicher wirkt zudem wie ein menschenrechtspolitischer Blankoscheck», gab das Aussendepartement in einem Mitbericht zu bedenken. Das zeige etwa das Beispiel Türkei: Den diplomatischen Interventionen zugunsten der Menschenrechte begegneten die türkischen Behörden mit dem Hinweis auf die zahlreichen Rückschaffungen von abgewiesenen Asylbewerbern und machten geltend, «dass der Grundsatz des Non-Refoulement ja solche Rückschaffungen verböte, wenn die Menschenrechtslage wirklich so schlimm wäre».

Rückschaffung während Feier

Ungeachtet solcher diplomatischer Widersprüche wurden die «Obwaldner Kurden» im Mai 1991 vor laufenden Fernsehkameras verhaftet und in die Türkei verbracht. Dass die Episode sich ausgerechnet während der 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft abspielte, zudem in einem der Urkantone und an der Wirkungsstätte des Einsiedlers und Schweizer Schutzpatrons Niklaus von Flüe, verlieh den Ereignissen eine besondere Symbolkraft.

Was bleibt von dieser Zeit? Nach dem Ende des Kalten Kriegs hatte die europäische Idee auch die Schweiz ergriffen. Sie wurde mit dem EWR-Nein vom 6. Dezember 1992 jedoch schnell wieder begraben, eine allfällige EU-Mitgliedschaft ist seit dreissig Jahren vom Tisch. Mit mässigem Erfolg bemüht sich die Schweiz seither, von Europa möglichst viel zu profitieren und gleichzeitig möglichst wenig daran zu partizipieren.

Als vorerst letzter Akt entschied der Bundesrat im Mai 2021, die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit der EU abzubrechen. Trotz den engen Verflechtungen der Schweiz mit der EU haben sich die Beziehungen zu Europa nie normalisiert, ja sie sind heute verfahrener denn je. Der «Sonderfall Schweiz» hat sich in den Köpfen festgesetzt. Auch das Konzept der Neutralität hat das Ende des Ost-West-Konflikts überlebt, wenngleich es in den internationalen Beziehungen in den letzten Jahren keine prominente Rolle mehr spielte und vor allem noch folkloristischen Wert hat.

Dafür mischt die Handelsmacht Schweiz seit den 1990er Jahren weiterhin kräftig mit beim Geschäft in Übersee. Dass man die Kontakte zu den Schwellenländern Lateinamerikas und Asiens intensivierte, war damals keine ultimative Alternative, jedoch eine Ergänzung zur Teilhabe am europäischen Markt. Die Schweizer Diplomatie setzte sich umtriebig für den Abbau von Hürden und Hemmnissen im Waren- und Dienstleistungsverkehr ein. Der globale Handel sollte möglichst von Schranken befreit werden.

Wenn es dagegen um die Zirkulation von Menschen ging, fand sich das Land rasch auf seine Grenzen zurückgeworfen. In der Migrationspolitik führte kein Weg an gesamteuropäischen Lösungen vorbei, am Rand des Schengenraums endet das liberale Migrationsregime der Schweiz.

Die Geschichte ist wieder in Gang

Während der «Migrationsdruck» zunimmt und immer mehr Menschen Richtung Europa fliehen, weil sie politisch verfolgt werden – aber auch weil in ihren Heimatländern aus wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder klimatischen Gründen schlicht unhaltbare Zustände herrschen –, bemüht sich die Schweiz im Verbund mit der EU darum, die Zuwanderung zu behindern. Die Globalisierung der Mobilität, die vor dreissig Jahren einen Schub erhielt, ist bis heute eines der brennendsten Themen internationaler Politik.

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen, mit denen die Schweiz zu Beginn der 1990er Jahre konfrontiert war und bis heute ist, lässt sich Francis Fukuyamas These vom «Ende der Geschichte» nur zu einfach dementieren. Selbst wer sich drei Jahrzehnte lang dieser Illusion hingab, steht spätestens seit dem 24. Februar 2022, dem Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine, vor einem Scherbenhaufen.

«Ich spüre in mir selbst und sehe in meinem Umfeld eine starke Sehnsucht nach der Zeit, als es noch Geschichte gab», endete Fukuyamas Essay von 1989. Diese Nostalgie werde angesichts der «Unvermeidlichkeit» einer posthistorischen Welt noch für einige Zeit Konflikte schüren, prognostizierte er. «Vielleicht wird gerade die Aussicht auf Jahrhunderte der Langeweile am Ende der Geschichte dazu dienen, die Geschichte wieder in Gang zu bringen.»

Mindestens in diesem Punkt scheint ihm die Geschichte recht zu geben.

Feedback an die Redaktion: Hat dieser Artikel Ihre Erwartungen erfüllt?

Ja | Teilweise | Nein